

1) Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland und in anderen Ländern der Europäischen Union zu bekämpfen?

Solange die AfD nicht an der Regierung ist, kann sie wenig mehr tun als vor dem neuen Antisemitismus warnen. Das habe ich als erster Journalist in Deutschland 2014 in der BILD am SONNTAG getan. Dieser Artikel führte zu einem Aufschrei in der muslimischen und linken Community und letztlich zu meiner Trennung vom Hause Axel Springer. Heute würde niemand mehr meine Warnungen bestreiten.

Sollte die AfD in Regierungsverantwortung kommen, wäre eine der ersten Maßnahmen, antisemitische Organisationen (wie BDS) und Veranstaltungen (wie Al Quds-Tag) zu untersagen. Ferner sollten Personen, die sich klar antisemitisch äußern, strafrechtlich schärfer verfolgt und, sofern sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, umgehend des Landes verwiesen werden.

2) In welcher Form werden Sie sich für die einzige Demokratie im Nahen Osten, den Staat Israel, einsetzen?

Sinnvoll wäre es zum gegenseitigen Verständnis, die Kontakte zwischen jungen Deutschen und Israelis zu stärken. Da die AfD für Wehrpflicht und vergleichbare Sozialdienste eintritt, sollte ein Teil dieser Zeit verpflichtend in Israel stattfinden.

3) Wie werden sie sich verhalten, wenn im EU-Parlament eine antisemitische Hetzrede - wie die des Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas vom 23. Juni 2016 - gehalten wird und Abgeordnete einer solchen Hetzrede applaudieren?

Aufstehen, protestieren und den Saal verlassen.

4) Was werden Sie gegen die Versuche der sogenannten BDS-Bewegung unternehmen, Israel durch Boykottmaßnahmen wirtschaftlich, politisch und kulturell zu schaden?

Wer die BDS fördert oder gefördert hat, sollte den Status der Gemeinnützigkeit rückwirkend und dauerhaft verlieren. BDS selbst ist zu untersagen.

5) Wie sehen Sie die Zukunft für Juden und Araber für ein friedvolles, gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben unter Berücksichtigung der berechtigten Sicherheitsinteressen Israels?

Solange Al Fatah und Hamas die Geschicke im palästinensischen Autonomie- Gebiet bzw. in Gaza bestimmen, sehe ich wenig Hoffnung für ein friedvolles Leben, und zwar weder für die jüdische noch die palästinensische Bevölkerung.

6) Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten europäischen Steuergelder nicht mehr dafür

missbraucht werden, Terroristen zu alimentieren und Hetze gegen Israel in Schulbüchern etc. zu fördern?

Sämtliche Zahlungen einstellen.

- 7) Wie werden Sie vorgehen, damit die dauernden einseitigen Verurteilungen Israels in den Versammlungen und Gremien der Vereinten Nationen endlich aufhören?**

Der UN mit dem Entzug der von Deutschland gezahlten Gelder drohen respektive diese Gelder bis auf weiteres einfrieren. Dies hätte schon längst passieren müssen.

- 8) Was werden Sie tun, um der fatalen Rolle der Flüchtlingsorganisation UNRWA in der Perpetuierung des israelisch-palästinensischen Konflikts ein Ende zu bereiten?**

Streichung sämtlicher Mittel, die über Deutschland, die EU oder von Deutschland finanzierte Drittorganisationen an die UNRWA gehen.

- 9) Wie werden Sie mit der Forderung der Vereinten Nationen an Israel, die Golanhöhen zurückzugeben und die dort lebende Bevölkerung einem menschenverachtenden Diktator auszuliefern, umgehen?**

Unabhängig von der Situation in Syrien sind die Golanhöhen nach meiner Kenntnis aus strategischen wie sicherheitspolitischen Gründen für Israel unverzichtbar.

- 10) Welche Schritte planen Sie gegen die Existenzbedrohung Israels durch das iranische Regime?**

Wiederaufnahme der einst von den USA verhängten Sanktionen und Beendigung jeglicher Zusammenarbeit.

- 11) Wie wollen Sie angesichts des geplanten Abzugs der amerikanischen Truppen aus Syrien verhindern, dass das Iranische Regime das entstehende Machtvakuum nutzt und die Bedrohung Israels verstärkt?**

Hier müssen wir leider die Begrenztheit der deutschen Möglichkeiten konstatieren. Abgesehen von wirtschaftlichen Sanktionen besitzt Deutschland keine Mittel, um dieses Bedrohungsszenario zu verhindern.